

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD und DIE LINKE

Entwicklungen auf dem regionalen Ausbildungsmarkt transparent darstellen

Die Verbesserung der Ausbildungssituation setzt unter anderem voraus, dass die beteiligten Akteure auf dem Ausbildungsmarkt ihre Erkenntnisse und Informationen möglichst umfassend zur Verfügung stellen und zu einer transparenten Darstellung zusammenführen.

Mit der Jugendberufsagentur wird das Ziel verfolgt, alle jungen Menschen unter 25 Jahren bis zu ihrem erfolgreichen Berufs-/Studienabschluss zu begleiten und zu unterstützen – „keine/r geht verloren“. Dies verlangt Klarheit über die tatsächliche individuelle Ausbildungssituation. Das Versprechen einer diesen Prozess unterstützenden Ausbildungsgarantie muss überprüfbar sein.

Im Rahmen der Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung und der neu gegründeten Jugendberufsagentur werden bereits zentrale Informationen zum regionalen Ausbildungsmarkt gebündelt und im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes veröffentlicht. Gleichwohl sind „blinde Flecken“ in der bisherigen Berichterstattung zum Ausbildungsmarkt bekannt. Auf der zweiten Bremer Armutskonferenz wurden insbesondere fehlende Erkenntnisse aus den Beratungsprozessen thematisiert. So reicht die Erfassung von „Bewerber/innen um einen Ausbildungsplatz“ nicht aus, um die Nachfrageseite von bremischen Jugendlichen nach Ausbildungsplätzen zu erfassen. Zu prüfen wäre ferner, inwieweit die Fortsetzung des Schulbesuchs nach Klasse 10 seitens der jungen Menschen eigentlich als nachrangige Option gegenüber einem Ausbildungsbeginn gewertet wird. Wichtig ist dabei, dass Auskünfte der jungen Menschen über ihre persönlichen Wünsche und Ziele freiwillig sind. Niemand muss diese Einblicke geben, wenn er oder sie es nicht möchte.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen seiner Möglichkeiten verbindliche Vereinbarungen für einen transparenten Ausbildungsmarkt zu erwirken, um

1. die Zahl der jungen Menschen aus den Schulabgangsklassen zu erfassen, die als Ratsuchende der Berufsberatung und/oder der Jobcenter an einem Ausbildungsplatz interessiert sind und die nicht als „Bewerber/innen um einen Ausbildungsplatz“ geführt werden.
2. seitens der zuständigen Stellen Informationen darüber zu erhalten,
 - a) wie viele neue Ausbildungsverträge in welchen Branchen/Berufsfeldern mit jungen Menschen abgeschlossen wurden, die nicht im Land Bremen wohnhaft sind;
 - b) welche Schulabschlüsse die neuen Auszubildenden in welchen Branchen/Berufsfeldern haben.
3. jährlich die Zahl der jungen Menschen festzuhalten, die nach dem Schulabgang weder in Ausbildung noch in eine weitere schulische Bildung mit dem Ziel eines

höheren Schulabschlusses, noch in ein Studium oder in Arbeit eingemündet sind, und diese Zahl auch über den Schulabschluss hinaus weiter zu aktualisieren, sofern die jungen Menschen diese Auskunft zum Beispiel im Rahmen der Beratung durch die Jugendberufsagentur freiwillig geben;

4. diese Zahlen nach Männern und Frauen aufzuschlüsseln.

Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sybille Böschen, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE